

Aus dem Grossen Rat

Fachhochschul-Campus und Steuerschraube

Gregor Biffiger, Grossrat SVP, Berikon

Zu Beginn der Sitzung musste der Grosse Rat drei Rücktritte von Grossrätinnen zur Kenntnis nehmen. Man kann es drehen und wenden wie man will: Die Mehrbelastung des einzelnen Parlamentsmitgliedes infolge Verkleinerung des Grossen Rates und wirkungsorientierter Verwaltungsführung (WOV) fordert laufend ihren Tribut.

Die mehrstündige Debatte über den Fachhochschul-Campus Brugg-Windisch brachte in verschiedener Hinsicht Klarheit. In Zusammenhang mit dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) über die Bauherren-Evaluation für den Fachhochschul-Campus übte die Legislative harsche Kritik an Regierung und Verwaltung. Die Premiere in Sachen Public-Private-Partnership (PPP) war alles andere als rund verlaufen. Dabei stand weniger das PPP-Verfahren an sich als das teilweise unprofessionelle Vorgehen im Stadium der Auftragsvergabe in der Kritik. Neben gravierenden formellen Fehlern gab insbesondere auch das Verhalten von Regierung und Verwaltungsspitze während der GPK-Untersuchung zu reden. Neben dem Vorwurf, dass mutmasslich nicht alle relevanten Unterlagen vorgelegt worden seien, musste sich namentlich Regierungsrat Huber anhören, er habe inner- und ausserhalb der GPK versucht, unbotmässig Einfluss auf die Untersuchung zu nehmen.

Mit 121 zu 2 Stimmen bewilligte der Grosse Rat einen jährlich wiederkehrenden Kleinkredit von 115 000 Franken für die Miete von Fachhochschul-Räumlichkeiten. Gleichzeitig beschloss er mit 117 zu 9 Stimmen, der Regierungsrat habe rechtzeitig eine Botschaft über die Einlösung der Kaufoption bei Bauabschluss zu unterbreiten. Im weiteren bewilligte das Parlament einen Grosskredit von 28.5 Millionen Franken für die Sanierung Klosterzelg II und mit 72 zu 37 Stimmen die Schaffung einer Finanzierungsgesellschaft für sämtliche künftige Fachhochschul-Bauvorhaben. Schliesslich genehmigte der Grosse Rat das Hochschul- und Innovationsförderungsgesetz in zweiter Lesung mit 94 zu 5 Stimmen.

Über Mittag war der Grosse Rat - wie jedes Jahr vor den Sommerferien - Gast des Aarauer Stadtrates. Speis und Trank waren vorzüglich und die begleitenden Reden wohltuend kurz. Vielleicht färben solche guten Vorbilder irgendwann auf die Länge der parlamentarischen Debatten ab ... denn die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Mit der Überweisung von drei Vorstössen aus den Reihen der SVP-Fraktion, die sich mit weiteren steuerlichen Entlastungen befassen, stellte der Grosse Rat frühzeitig die Weichen für eine neuerliche Revision des Steuergesetzes. Ein Postulat über die Reduktion des Steuersatzes bei Kapitalbezügen aus der zweiten und dritten Säule passierte mit 59 zu 55 Stimmen, ein zweites über die steuerliche Entlastung des Mittelstandes nahm die parlamentarische Hürde mit 81 zu 33 Stimmen und ein drittes Postulat über die sofortige Milderung bzw. raschestmögliche Abschaffung der Dumont-Praxis für Hauseigentümer ging mit 77 zu 35 Stimmen durch. Ganz nebenbei sei erwähnt, dass die von der SVP verlangte Abstimmung unter Namensaufruf gewisse wankelmütige bürgerliche Kreise mit Blick auf die kommenden Wahlen auf dem schmalen Pfad der finanzpolitischen Tugend halten konnte. Wahljahre haben eben auch ihre guten Seiten.